

A. Gesetzesinfos

1. Gesetz zur Regelung des Datenschutzes und des Schutzes der Privatsphäre in der Telekommunikation und bei Telemedien“ (TTDSG)

Das TTDSG ist veröffentlicht worden und tritt am 01.12.2021 in Kraft (https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&jumpTo=bgbl121s1982.pdf#__bgbl__%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl121s1982.pdf%27%5D__1624972583542).

2. Datennutzungsgesetz

Das Datennutzungsgesetz wurde veröffentlicht (http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&jumpTo=bgbl121s2941.pdf). Datenbereitsteller sind gemäß § 2 Abs. 2 Ziff. 3 Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Forschungsfördereinrichtungen und Forscher. Aber § 2 Abs. 3 Ziff. 1 Buchst. a(aa) legt fest: „Dieses Gesetz gilt nicht für Daten [...] soweit der Schutz personenbezogener Daten entgegensteht, [...]“. Insbesondere also Patientendaten dürfen auch nicht zur Überprüfung oder Reproduzierung von Forschungsergebnissen auf Grundlage dieses Gesetzes weitergegeben werden.

3. DSG-EKD novelliert

Im DSG-EKD wurde ein neuer § 50a (Verarbeitung personenbezogener Daten zur institutionellen Aufarbeitung sexualisierter Gewalt) eingefügt.

B. DSGVO / DSG-EKD

1. Koordinierte Prüfung internationaler Datentransfers

Im Rahmen einer länderübergreifenden Kontrolle durch die Datenschutzaufsichtsbehörden werden Datenübermittlungen durch Unternehmen in Staaten außerhalb der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraums (Drittstaaten) überprüft. Das Ziel ist die breite Durchsetzung der Anforderungen des Europäischen Gerichtshofs in seiner Schrems-II-Entscheidung vom 16. Juli 2020 (Rs. C-311/18) (<https://datenschutz-hamburg.de/pages/fragebogenaktion/>). Unter dem Link finden sich auch die fünf verwendeten Fragebögen (Email-Versand, Hosting von Internet-Seiten, Webtracking, Bewerberdaten, Konzern-Daten-Austausch). Bezüglich des Fragebogens „konzerninterner Datenverkehr“ gibt es ein GDD-Papier mit Praxishinweisen (https://www.gdd.de/downloads/praxishilfen/prax-praxishilfen-neustrukturierung/GDDPraxishinweise_Fragebogen_Aufsicht_Konzern_SchremsII.pdf).

2. Angemessenheitsbeschluss der EU-Kommission für das Vereinigte Königreich

Am 28.06.2021 veröffentlichte die EU-Kommission entsprechend den Vorgaben von Art. 45 DSGVO einen datenschutzrechtlichen Angemessenheitsbeschluss für das Vereinigte Königreich. (https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/decision_on_the_adequate_protection_of_personal_data_by_the_united_kingdom_-_general_data_protection_regulation_en.pdf). Somit lassen sich auch weiterhin Dienst von Sophos oder solche von Open Street Map datenschutzkonform nutzen.

3. Anhängige Verfahren bei EuGH

Unter <https://gdprbeetle.eu/pending-data-protection-cjeu-cases/> finden sich die beim EuGH anhängigen Verfahren mit Datenschutzbezügen.

4. Tätigkeitsberichte

Einige Datenschutzbehörden haben neue Tätigkeitsberichte veröffentlicht:

- Bayern LDA - https://www.lida.bayern.de/media/baylda_report_10.pdf
- Sachsen - https://www.saechsdsb.de/images/stories/sdb_inhalt/Pressearbeit/SDB_Ttigkeitsbericht_2020.pdf

5. Verantwortlichkeit und Auftragsverarbeitung

Das LfDI BW hat aktualisierte Leitlinien (FAQ) zum Thema „Verantwortlichkeit und Auftragsverarbeitung“ veröffentlicht (https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/wp-content/uploads/2021/07/210714_FAQ_controller-processor_final_after_public_consultation.pdf).

6. Staatliche Gesetzesverweise auf DSGVO für kirchliche Einrichtungen?

Das katholische Datenschutzzentrum hat in einer Erläuterung zum neuen TTDSG deutlich gemacht, dass Verweise staatlicher Gesetze auf die DSGVO im kirchlichen Bereich als direkter Verweis auf die jeweiligen Regelungen kirchlicher Datenschutzgesetze zu verstehen sind (<https://www.katholisches-datenschutz-zentrum.de/neues-gesetz-zur-regelung-des-datenschutzes-und-des-schutzes-der-privatsphaere-in-der-telekommunikation-und-bei-telemedien-ttdsg-tritt-in-kraft/>).

7. Tätigkeitsbericht des DSB der EKD

Der dritte Tätigkeitsbericht für 2019/2020 des DSB der EKD wurde veröffentlicht (<https://datenschutz.ekd.de/wp-content/uploads/2021/06/Taetigkeitsbericht-3-2021.pdf>). Interessant vielleicht die Anmerkungen zu Microsoft Office 365 (S. 45f.)

8. Berliner Aufsichtsbehörde konfrontiert Webseiten-Betreibende mit rechtswidrigem Tracking

Die Berliner Aufsichtsbehörde hat die Webseiten von 50 Berliner Unternehmer geprüft und die Beseitigung datenschutzrechtlicher Mängel mit Fristsetzung angemahnt (https://www.datenschutz-berlin.de/fileadmin/user_upload/pdf/pressemitteilungen/2021/20210809-PM-Tracking-de.pdf).

9. Bußgeld wegen veralteter Technik

Die LfD in Niedersachsen hat gegen einen Online-Shop ein Bußgeld von 65.000 € wegen des Einsatzes veralteter Technik verhängt (S. 95 des 26. Tätigkeitsberichts 2020 - <https://lfd.niedersachsen.de/download/169169>).

10. Bußgeld wegen unvollständiger Einbeziehung des Datenschutzbeauftragten

Die luxemburgische Datenschutzbehörde hat gegen ein Unternehmen ein Bußgeld von 15.000 € verhängt, weil der Datenschutzbeauftragte in ein Verfahren nicht ordnungsgemäß eingebunden war (<https://cnpd.public.lu/content/dam/cnpd/fr/decisions-fr/2021/Decision-20FR-2021-sous-forme-anonymisee-.pdf>).

11. Verantwortlichkeiten und Aufgaben nach der DSGVO

Die GDD hat die Praxishilfe DSGVO überarbeitet (<https://www.gdd.de/downloads/praxishilfen/prax-praxishilfen-neustrukturierung/gdd-praxishilfe-ds-gvo-verantwortlichkeiten-und-aufgaben-nach-der-ds-gvo-inkl-synopse>).

C. Urteile und Beschlüsse von Gerichten und Aufsichtsbehörden

1. Protokollierungsnotwendigkeit elektronische Patientendokumentationen

Der BGH hat mit Urteil von 27.04.2021, Az.: VI ZR 84/19 elektronischen Patientendokumentationen (insbesondere Krankenhausinformationssysteme) eine Indiz-Wirkung für die Richtigkeit der Dokumentation abgesprochen, wenn nachträgliche Änderungen entgegen § 630f Abs. 1 + 2 BGB nicht erkennbar gemacht sind.

2. Auskunftsanspruch umfasst auch interne Dokumente

Der BGH hat mit Urteil vom 15.06.2021, Az.: VI ZR 576/19 auch interne Dokumente und Unterlagen zum Gegenstand eines Auskunftsanspruchs nach Art. 15 DSGVO erklärt.

3. Urteil gegen Wettbewerber darf auf Webseite veröffentlicht werden

Ein Urteil gegen einen Wettbewerber – hier: wegen irreführender Werbung – darf auf der Webseite des eigenen Unternehmens veröffentlicht werden, so der BGH mit Urteil vom 06.05.2021, Az.: I ZR 167/20.

4. Schadensersatz im Datenschutzrecht setzt materiellen oder immateriellen Schadens voraus

„Ein Anspruch auf Schadensersatz nach Art. 82 DSGVO setzt den Eintritt eines materiellen oder immateriellen Schadens voraus. Auch zur Geltendmachung eines Anspruchs auf Ersatz immaterieller Schäden genügt die Behauptung eines Verstoßes gegen die Vorschriften der DSGVO ohne Vorbringen zu einem hierdurch entstandenen immateriellen Schaden nicht“, so das OLG Bremen mit Urteil vom 16.06.2021, Az.: 1 W 18/21.

5. Kinderfotos im Internet nur mit Einwilligung beider Elternteile

Das OLG Düsseldorf hat mit Beschluss vom 20.07.2021, Az.: 1 UF 74/21 eine Veröffentlichung von Fotos eines Kindes im Internet als eine Angelegenheit von erheblicher Bedeutung gewertet, § 1628 BGB. Daher ist die Einwilligung beider sorgeberechtigter Elternteile erforderlich.

6. Keine Selbstbelastung gegenüber Datenschutzbehörde

Verlangt eine Datenschutzbehörde Auskünfte, die zu einer Selbstbelastung führen können, darf die Auskunft verweigert werden, so das OVG Schleswig mit Beschluss vom 28.05.2021, Az.: 4MB 14/21.

7. Anspruch auf kostenfreie Examensklausuren und Prüfergutachten

„Das Landesjustizprüfungsamt muss einem Examensabsolventen eine kostenfreie Kopie seiner Klausuren der zweiten juristischen Staatsprüfung nebst Prüfergutachten in Papierform oder einem gängigen elektronischen Format zur Verfügung stellen“, so das OVG Münster mit Urteil vom 08.06.2021, Az.: 16 A 1582/20.

8. Wirksamkeit einer Vereinbarung trotz amerikanischem Videokonferenzsystem

Das LAG Köln hat mit Beschluss vom 25.06.2021, Az.: 9 TaBV/71 einen arbeitsrechtlichen Einigungsstellenspruch auch dann für wirksam angesehen, wenn er unter Nutzung des Video-Konferenzdienstes Cisco WebEx zustande gekommen war.

9. Keine Benachteiligung wegen Geschlechts-Gendersternchen

Das LAG Schleswig-Holstein hat mit Urteil vom 22.06.2021, Az.: 3 Sa 37 öD/21 entschieden, dass eine Schreibweise mit Geschlechts-Gendersternchen Menschen mit nicht binärer Geschlechteridentität nicht benachteiligt. „Ziel der Verwendung sei es, nicht nur Frauen und Männer in der Sprache gleich sichtbar zu machen, sondern auch alle anderen Geschlechter zu symbolisieren und der sprachlichen Gleichbehandlung aller Geschlechter zu dienen“, so das LAG.

10. Kein besonderes Rechtsschutzbedürfnis für Auskunftsanspruch

Das LAG Stuttgart hat mit Urteil vom 17.03.2021, Az.: 21 Sa 43/20 kein besonderes Rechtsschutzbedürfnis für einen Auskunftsanspruch als notwendig angesehen.

11. Schadensersatz für unvollständige Auskunft

Das LAG Hamm hat einen Schadensersatzanspruch in Höhe von 1.000 € für eine unvollständige Auskunft an einen Arbeitnehmer ausgeurteilt (Urt. v. 11.05.2021, Az.: 6 Sa 1260/20).

12. Kein Schadensersatz nach verspäteter DSGVO-Auskunft

Das LG Bonn hat mit Urteil vom 01.07.2021, Az.: 15 O 375/20 einen Schadensersatzanspruch nach einer verspätet erteilten DSGVO-Auskunft abgelehnt.

13. Auskunftsanspruch umfasst auch Emails

Der Auskunftsanspruch nach Art. 15 DSGVO umfasst im Grundsatz alle Arten Daten, also auch Emails, so das AG Dortmund mit Beschluss vom 20.05.2021, Az.: 404 C 1526/21.

14. Werbung nur mit anerkannten Facharztstiteln

Ein Arzt darf nur mit anerkannten Facharztstiteln werben. „Facharzt für Sexualmedizin“ etc. ist verboten, so das LG Koblenz mit Urteil vom 20.07.2021, Az.: 1 HK O 29/21.

D. Sonstiges

1. Empfehlungen 01/2020 zu Maßnahmen zur Ergänzung von Übermittlungstools zur Gewährleistung des unionsrechtlichen Schutzniveaus für personenbezogene Daten

Unter dem Link https://edpb.europa.eu/sites/default/files/consultation/edpb_recommendations_202001_supplementarymeasurestransferstools_de.pdf finden sich die beachtenswerten „Empfehlungen 01/2020 zu Maßnahmen zur Ergänzung von Übermittlungstools zur Gewährleistung des unionsrechtlichen Schutzniveaus für personenbezogene Daten“, wenn Datenverarbeitungen mit US-/Drittland-Bezug erfolgen oder erfolgen sollen. Der dazu passende Durchführungsbeschluss der Europäischen Kommission ist unter https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/1_de_annexe_acte_autonome_cp_part1_v3.pdf auffindbar.

2. Krankenhaus – ein Kompendium der Bundeszentrale für politische Bildung

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat ein Kompendium zum Thema „Krankenhaus“ zum kostenfreien Download veröffentlicht (https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/337030/krankenhaus?pk_campaign=nl2021-07-28&pk_kwd=337030).

3. Rechtspflichten-Kataster

Der Fachausschuss „Recht und Verträge“ hat Rechtspflichtenkataster für die Bereiche Datenschutz, Beauftragtenwesen und Antikorruption beschlossen und erstellt. Weitere Kataster sollen folgen. Die bisher erstellten können bei den Krankenhausgesellschaften oder bei mir angefordert werden.

4. Maßnahmenkatalog zur IT-Sicherheit in Krankenhäusern

Das Forschungsinstitut CODE der Universität der Bundeswehr in München hat den Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der IT-Sicherheit in (bayerischen) Krankenhäusern in einer aktualisierten Fassung veröffentlicht (<https://www.unibw.de/code/smart-hospitals/ausgabe2021-2022-epdf-1.pdf>).

5. IT-Sicherheitsleitfaden für Kandidierende bei Bundes- und Landeswahlen

Um effektiv gegen Identitätsdiebstahl und Trojaner-Infektionen vorbeugen können, hat das BSI einen „IT-Sicherheitsleitfaden für Kandidierende bei Bundes- und Landtagswahlen“ erstellt. Die darin enthaltenen Sicherheitstipps helfen allen, nicht nur für Politikern (https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/Publikationen/Broschueren/Leitfaden-Kandidierende.pdf?__blob=publicationFile&v=7).

6. Matomo

Unter dem Link <https://dr-dsgvo.de/matomo-fuer-besucher-statistiken-auf-webseiten-datenschutzkonform-und-ohne-einwilligung-nutzen/> findet sich eine lesenswerte Darstellung der datenschutzkonform einsetzbaren Alternative zu Google Analytics: Matomo.

7. Leitfaden zur Datenverarbeitung im Personalrat

Der BfDI hat einen Leitfaden zur Datenverarbeitung im Personalrat veröffentlicht (https://www.bfdi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Leitf%C3%A4den/Leitfaden-DV-im-Personalrat.pdf;jsessionid=F641FF4EAE5CE35CC41AA74DACB4E962.intranet212?__blob=publicationFile&v=1).

8. BEM – Betriebliches Eingliederungsmanagement

Wer noch einmal die Highlights zum BEM nachlesen will kann das in kompakter Form mit Hilfe dieses Links tun: <https://datenschutz-am-bodensee.com/bem-betriebliches-eingliederungsmanagement/>

E. Sonstiges

1. BMW-Erlkönige jetzt mit QR-Code-Aufklebern

Selbstfahrende Fahrzeuge werden neuerdings – wie die Erlkönige von BMW – mit einem QR-Code ausgestattet, der auf eine Art Datenschutzerklärung über die Ausrüstung der Testfahrzeuge mit ihren Sensoren, Kameras und Mikrofonen verweist (<https://www.bimmertoday.de/2021/08/24/darum-fahren-bmw-erlkonige-jetzt-mit-qr-code-aufklebern/>).

2. 1-Cent Überweisungen mit Werbebotschaft sind wettbewerbswidrig

Das LG Wiesbaden hat mit Urteil vom 1.6.2021, Az.: 11 O 47/21 1 Cent-Überweisungen an Verbraucher mit Werbebotschaften als unzumutbare Belästigung nach § 7 Abs. 1 UWG gebrandmarkt.

Sind die Inhalte von Links nicht aufrufbar und ist ein Link mit einem Zeilenumbruch dargestellt, kann durch Entfernen des Trennzeichens die Linkfunktion aktiviert werden.
Keine Haftung für Vollständigkeit und Richtigkeit der Inhalte! Abmeldung des Newsletters jederzeit durch eine Rückmeldung per Email, Post oder Telefon.